Jörg Hofmann
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

1. Mai: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2015 in Lübeck

<u>Sperrfrist Redebeginn</u>
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
heute am Tag der Arbeit sind wir hier in Lübeck, um für die Rechte der arbeitenden Menschen zu demonstrieren. Wie das heute Hunderttausende Kollegen und Kolleginnen auf den Plätzen in Deutschland und in Europa tun.

Wir demonstrieren für ein Leben in Anstand und Würde.

Jeder Mensch auf der Welt – ob arm oder reich, weiß oder schwarz, Muslim, Christ oder Atheist, hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Unsere Gedanken gelten den mittlerweile tausenden Menschen, die allein in den letzten Wochen im Mittelmeer vor den Grenzen unseres so reichen Kontinentes ertrunken sind.

Das ist eine Schande für Europa!

Wir finden uns nicht damit ab, dass den Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen Afrikas die Wahl bleibt zwischen den Massengräbern im eigenen Land oder dem Massengrab Mittelmeer.

Wir fordern die EU genauso wie die Bundesregierung auf, schnellstmöglich alles in die Wege zu leiten, um eine europäische Seenotrettung, um humanitäre Hilfe auf den Weg zu bringen.

Unser Gedanke gilt den Menschen in der Ukraine. In diesem Konflikt sind bisher mindestens 6.000 Menschen gestorben.
Die in Minsk im Februar vereinbarte Waffenruhe ist zwar nicht völlig wirkungslos - trotzdem: hier ist die internationale Staatengemeinschaft, sind die Institutionen OSZE und EU gefordert, alles für den Frieden zu tun.

Ein Krieg in der Mitte Europas - mich macht das besorgt.

Ich frage: Warum lernt die Menschheit nicht? Von klugen Menschen wie Willy Brandt. Der sagte: „Frieden ist nicht alles – aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

Im Mai jährt das Ende des 2. Weltkriegs zum 70. Mal.
Dieser Krieg wurde ausgelöst auf deutschem Boden.

1945 hatte die Menschheit die schlimmste Bilanz ihres Daseins zu ziehen:
Hunderte Millionen körperlich geschädigter oder traumatisierter Menschen. Mehr als 50 Millionen Menschen Tote; alleine in der Sowjetunion über 16 Millionen. Mehr als sechs Millionen in den deutschen Konzentrationslagern ermordete Menschen. Juden, Sinti und Roma, Schwule, Linke, Gewerkschafter.
Diese Zahlen hören sich nüchtern an. Sie sind in Wahrheit unfassbar.
Keiner von uns Nachgeborenen kann ermessen, wie viel Leid und Elend die Welt in diesen Kriegen erleben musste.
Jedes dieser Opfer verpflichtet uns heute und auch für die Zukunft:
Das darf sich nie wieder wiederholen!
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Gerade uns Deutsche verpflichtet das Erbe des Faschismus und die Verantwortung für – im Übrigen beide – Weltkriege, aus unserer Geschichte Lehren zu ziehen.

Die Gewerkschaften haben das getan.
Sie waren am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zutiefst gespalten. Zerstritten und verfeindet.
Sie waren unfähig, gemeinsam mit den demokratischen Parteien und Organisationen die Demokratie und die Freiheit der Menschen zu verteidigen.
Deshalb haben unsere Gründer mit der Einheitsgewerkschaft die richtige Schlussfolgerung gezogen.

Und von diesem Prinzip der gemeinsamen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten - unabhängig von ihrer politischen Einstellung – rücken wir DGB-Gewerkschaften keinen Millimeter ab.

Eine andere Lehre ist: Wir wollen nie wieder Chauvinismus und Rassismus in unserem Land dulden.
Bei uns haben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz!

Deshalb bekämpfen wir alle, die mit dumpfen Parolen gegen Ausländer hetzen oder mit Deutschtümelei auf Stimmenfang gehen!

Das gilt für die in die Jahre gekommene NPD genauso wie für die scheinbar so moderne AfD oder die Pseudo-Bürgerbewegung Pegida.

Kolleginnen und Kollegen, Eines ist gewiss:
Wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir auf.
Wo Nationalismus laut wird, stehen wir auf!
Wo Rassismus sich Bahn bricht, stehen wir auf!

Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und bunte Gesellschaft.
Keinen Fußbreit den Rechten!

Deshalb: All den Kolleginnen und Kollegen, die sich in dieser Frage in den letzten Monaten engagiert haben, gehört unser herzlicher Dank!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
noch immer leiden die Völker Südeuropas unter einer massiven Umverteilungspolitik. Die wurde durch die Spardiktate der Krisenbewältigung von ihren nationalen Regierungen beschlossen und die europäische Union hat dem nicht widersprochen, ja - sie oft eingefordert.

Dies gilt auch für Griechenland. Hier haben Korruption und Cliquenwirtschaft über Jahrzehnte einen Staat ausgeplündert und ´runtergewirtschaftet. Das ist Fakt eins.

Dann hat 2010 die EU eingegriffen. Und Fakt zwei ist: Das hat die Situation bis heute nicht verbessert! Statt Strukturreformen, wie etwa dem Aufbau eines wirksamen Steuersystems, hat die griechische Regierung Hand in Hand mit der Troika die Ausplünderung der Bevölkerung fortgesetzt, soziale Standards massiv gekürzt, offen in die Tarifautonomie eingegriffen. Milliardenvermögen der Reichen wurden in diesem Zeitraum ins Ausland transferiert, während die Menschen auf Suppenküchen angewiesen sind. Und Europa hat diesem Treiben zugesehen, ja es unterstützt.

Es ist zu hoffen, dass die neu gewählte Regierung Griechenlands endlich agiert, wenn auch die ersten Monate da wenig hoffnungsvoll stimmen.

Aber das wird nicht reichen!

Griechenland braucht weniger Spardiktat -
Griechenland braucht eine europäische Investitionsoffensive.

Um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, um die Betriebe vor Ort zu stärken. Um Arbeitsplätze und damit Nachfrage zu erzielen und eine positive Konjunkturentwicklung zu erzeugen.

Und hierzu fordern wir auch die Bundesregierung auf: Spardiktate alleine nutzen nichts. Strukturreformen ja, aber solche, die das Land nach vorne bringen. Wesentlich ist es jetzt, mit Hilfe Europas Impulse für Wachstum zu setzen. Mit mehr staatlichen und privaten Investitionen die Länder Südeuropas zu stärken.

Und: Macht endlich Schluss mit diesem ätzenden Griechenbashing!

Nicht nur in der Presse, sondern auch durch Populisten der Politik. Das ist Wasser auf die Mühlen von AfD und Pegida und schürt die Ängste, die den Boden bereiten, auf dem dann die chauvinistischen und nationalistischen Ideologen ernten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
und zwar quer durch die gesellschaftlichen Schichten hinweg, auch bis hinein in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder.

Was sind die Gründe? Es ist die zunehmende soziale Spaltung und das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft.
Es ist eine von vielen stärker wahrgenommene soziale Kälte.

Es ist die Angst vor einem sozialen Abstieg
.

Und noch mehr Menschen fühlen sich von der großen Politik in Berlin oder auch in Kiel allein gelassen. Das gilt bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Sie spüren die gesellschaftliche und die soziale Spaltung:
Acht Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor.
Die Verteilung der Vermögen ist ungleicher denn je.
Ein Prozent der Bundesbürger besitzt über ein Drittel des Gesamtvermögens.

Das Bildungssystem ist tief gespalten.
Wenn es um Bildungschancen geht, beobachten wir, dass auch letztes Jahr wieder weniger Kinder aus Arbeiterfamilien ein Studium begonnen haben.

In Sachen Chancengleichheit war diese Gesellschaft schon mal weiter!

Faire Teilhabechancen und Schutz gegen sozialen Abstieg -
Das sind notwendige sozialstaatliche Korrekturen.
Damit legt man wirksam den Nährboden für Rechtspopulisten trocken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Die neue Groko regiert jetzt seit gut anderthalb Jahren.

Es wird viel diskutiert, wie lange es die eiserne Kanzlerin noch macht.
Ob und wie die Sozis aus dem Allzeittief kommen.

Mich interessiert: Was haben diese Regierung und diese Koalition für die Menschen, die dieses Land tragen und die diese Volkswirtschaft nach vorn bringen, nämlich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, gemacht?

Und da gibt es durchaus Positives zu melden.

Abschlagsfreie Rente, Mindestlohn und Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Dahinter stehen Gesetze, die wir mit angestoßen haben.
Die es ohne unseren Einsatz nicht geben würde.

Nach Jahrzehnten Rückenwind spüren die Marktliberalen in diesem Land immer mehr, dass die Politik nicht mehr allein ihrer Tonspur folgt. Zumindest nicht in jeder Frage. Und das erklärt die wütenden Angriffe auf die Sozialreformen der vergangenen Monate.

Jahrzehntelang war politisches Handeln, waren sogenannte Reformen mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialleistungen verbunden.
Jetzt gibt es endlich eine punktuelle Wende in der Politik, wird Politik für die Menschen gemacht.

Etwa mit der Rente ab 63: Wer 45 Jahre geklebt hat, kann abschlagsfrei in Rente gehen.

Endlich bekommen diejenigen, die jahrzehntelang jeden Tag in den Betrieb oder in die Verwaltung gehen, mal was wieder.

Wenn diese wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft jetzt ein wenig materielle Anerkennung bekommen, dann ist das richtig so!

Wer das Trommelfeuer aus Arbeitgeberverbänden, neoliberalen Instituten und bürgerlichen Medien liest, könnte meinen, die Apokalypse des Abendlandes stände vor der Tür.

Und warum? Weil Politik endlich mal für etwas mehr Gerechtigkeit tut, Reform nicht nur für Abbau von Sozialleistungen steht.

Welche Perversion des politischen Denkens!

Kolleginnen und Kollegen,

Beispiel Arbeitsstättenverordnung: Man reibt sich schon verwundert die Augen, wer da was zu Themen wie abschließbare Spinde oder Fenster und frischer Luft in Pausenräumen gesagt hat.

Denen geht es ja nicht darum ob´s im Pausenraum stinkt -
denen geht es doch nur darum, Stunk zu machen!

Drittes Beispiel: Mindestlohn.

Ja, der flächendeckende Mindestlohn ist endlich Gesetz. Das ist ein Erfolg der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. 3,7 Millionen Beschäftigte werden davon profitieren. Denn sie wurden bisher mit Dumpinglöhnen unter 8,50 Euro abgespeist.

Der Mindestlohn ist richtig - die Fakten sprechen für sich.
Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass der Mindestlohn nicht zu Massenentlassungen führt. Die Arbeitslosenzahlen sind im April verglichen mit April 2014 um 123.000 gesunken.

Mehr Menschen können von ihrer Hände Arbeit leben und sind nicht auf weitere Unterstützung angewiesen - das ist eine zweite gute Nachricht.

Jahrelang haben wir für den Mindestlohn gekämpft. Jetzt müssen wir ihn verteidigen. Denn seit der Einführung des Mindestlohns bestürmen die Arbeitgeber die Bundesregierung und fordern Ausnahmen.

Ein „Bürokratiemonster“ sei geschaffen worden. Es ist zum Fremdschämen, welchen Popanz Arbeitgebervertreter hier aufbauen.

Fakt ist: Das Mindestlohngesetz versucht, Recht und Ordnung in einen Bereich zu bringen, in dem bislang Regeln missachtet wurden.
In dem offenbar Sozialversicherungsbetrug als ein Kavaliersdelikt galt – und immer noch gilt.

Es geht in Wahrheit auch gar nicht um Dokumentation oder Bürokratie.

Tatsächlich geht es um den Aufbau von Schutzzäunen, hinter denen sich weiter - faktisch nicht kontrollierbar - die Umgehung und strafbare Verletzung des Mindestlohngesetzes abspielen soll.

Hier sollen Grauzonen geschaffen werden, in denen sich Klientel wie Gast- und Landwirte verstecken wollen, wenn sie die Menschen betrügen.

Und dieser Betrug findet schon jetzt tausendfach statt.

Statt weniger Transparenz ist mehr Transparenz, statt weniger Kontrolle ist mehr Kontrolle gefordert.

Deshalb: Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell so aufzustocken, dass wirksame Kontrollen überhaupt möglich sind.

Kolleginnen und Kollegen!
Es wird deutlich, wie sehr die Arbeitgeberseite innerhalb und außerhalb der großen Koalition derzeit darauf aus ist, Einfluss darauf zu nehmen, geplante Reformen zum Stillstand zu bringen.

Wenn sich etwa Nordmetall pünktlich zum 1. Mai meldet, mit der Überschrift „1.Mai ist kein Tag zum Feiern“ – dann ist das nicht nur eine Missachtung der historischen und aktuellen Leistung der Arbeiterbewegung für Frieden, Freiheit und Wohlstand in diesem Land.

Das zeigt auch die Bereitschaft - zumindest eines Teils der Arbeitgeber, die Sozialpartnerschaft aufzukündigen, in klassenkämpferische Parolen zurückzufallen.

Nicht ohne Grund steht am Ende der Meldung die Warnung vor einer gesetzlichen Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen.

Bis jetzt ist noch nicht klar, wann genau hier ein Gesetz auf den Weg gebracht werden soll.

Klar ist nur, dass dies noch dieses Jahr erfolgt.
Und klar ist auch – die andere Seite rüstet auf.

Ohne politischen Druck von uns in den Betrieben, in der Tarifpolitik und einer klaren öffentlichen Positionierung - ohne sichtbare Positionierung der Gewerkschaften wird es nicht gehen.

Korrekturen in diesen Bereichen sind – und darauf pochen auch wir – Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen.

Die Bundesregierung plant, dass Kontrollen erleichtert und Vorschriften eindeutiger gefasst werden sollen. Und Betriebsräte sollen ein Informationsrecht und wir meinen Mitbestimmungsrechte bekommen. Das muss jetzt zügig umgesetzt werden!

Sichere Arbeit, stabiles Einkommen, Chance auf berufliche Entwicklung und gesund in die Rente - das sind die Herausforderungen im Alltag, für die die Beschäftigten Lösungen erwarten.

Politik wird nicht alles regeln können und soll das auch nicht.
Aber Politik muss die Rahmenbedingungen sinnvoll gestalten.
Rahmenbedingungen die Tarifautonomie und Mitbestimmung in den Betrieben stärken.

Und das fordern wir ein.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!
Unser Job ist Arbeit, und das heißt auch, dass die Beschäftigten ordentliche Bezahlung und anständige Arbeitsbedingungen bekommen. Es ist gut, dass es allen DGB-Gewerkschaften in letzter Zeit gelungen ist, gute Tarifabschlüsse zu erreichen.

Das steigert die Einkommen. Damit werden die Beschäftigten fair am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt.

Damit leisten wir unseren Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft. Und wer sich umschaut, bei den Billigheimern, die es in allen Branchen gibt: Gute Arbeit und gute Bezahlung gibt es nur mit Tarifverträgen.

Das Jahr 2014 wird auch als Jahr in die Geschichte eingehen, in dem der große Gralshüter einer angebotsorientierten Politik, die deutsche Bundesbank, den Wert von Lohn als Nachfrageimpuls erkannt hat.
Die haben 60 Jahre für eine Erkenntnis gebraucht, die wir als Gewerkschaften nun schon seit 125 Jahren auf jeder 1. Mai- Veranstaltung betonen. Da kann man

gratulieren. Und hoffen, dass kein kurzfristiger Gedächtnisverlust einsetzt - das soll ja in höherem Alter vorkommen.

Die Tarifautonomie und unser Tarifsystem, in dem die Tarifparteien die Verantwortung zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen haben, sind die wesentlichen Grundlagen einer sozial verfassten Wirtschaftsordnung.

Die niemand in diesem Land leichtfertig aufs Spiel setzen sollte.
Ich will daran erinnern: Es ist erst zehn Jahre her, dass diese Grundlagen von Parteien hinterfragt wurden. Man Tarifverträge zerreißen wollte.
Die eine Partei ist inzwischen bedeutungslos und die Merkel-Partei hat offenbar dazugelernt.
Die Gestaltungskraft der Tarifverträge ist wichtig.
Deshalb muss auch die Tarifeinheit gesichert werden.

Bei allen Überlegungen ist uns wichtig, dass das Streikrecht nicht angetastet wird.

Für uns im DGB gilt der Grundsatz der Einheitsgewerkschaft. Und dies verlangt auch, dass der Grundsatz: ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag durchgesetzt wird.

Wir leben in Zeiten, in denen sich Unternehmen global organisieren und international aufstellen.

Da ist es einfach nicht zeitgemäß, wenn Gewerkschaften sich im Unternehmen wieder berufsständisch organisieren.

Damit lassen sich vielleicht die Interessen kleiner Berufsgruppen sichern. Wenn z.B. Ärzte oder Piloten nur ihre eigenen Geldbörsen im Blick haben.
Was ihre Kollegen und Kolleginnen, die im Pflegedienst oder Bodenpersonal arbeiten, verdienen, dafür interessieren die sich einen feuchten Kehricht.

Diese Tarifpolitik ist unsolidarisch! Diese Tarifpolitik ist nicht unsere!

Statt Rückfall in tarifpolitische Kleinstaaterei ist unser Credo:
Ein Betrieb - eine Gewerkschaft - ein Tarifvertrag!

Und dies ist und bleibt zuvorderst eine politische Aufgabe.
Eine politische Aufgabe, die aber nicht konterkariert werden soll und kann durch eine Rechtsprechung, die die Marktgesetze der Konkurrenz nun auch auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften im Betrieb ausweitet. Hier braucht es politische Korrektur und dies ohne Eingriff in das Streikrecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dies ist, so meine Meinung, mit dem jetzt vorliegenden Tarifeinheitsgesetz ausreichend gelöst.

Liebe Kollegen liebe Kolleginnen,
Noch eine kurze Rückschau: Erinnert Ihr Euch noch an die Debatten der Jahrtausendwende um die Zukunft der Arbeit?

Man diskutierte ein Buch mit dem Titel „Das Ende der Arbeit“ und eine Kommission unter Leitung des Kurt Biedenkopf wollte Bürgerarbeit subventionieren.
Nun. Das ist Schnee von gestern - es gibt sie noch, die Arbeitsgesellschaft.

Erwerbstätigkeit ist nach wie vor zentraler Dreh- und Angelpunkt unserer Gesellschaft.

Zur Absicherung des Lebensunterhalts, aber eben nicht nur:
Arbeit trägt zu einem erfüllten Leben, zur Sinnstiftung des Lebens bei.
Unter einer Bedingung: Die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Deshalb ist unser Motto heute an diesem 1.Mai.
Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!

Arbeit der Zukunft gestalten, das heißt den Wandel der Arbeit vor dem Hintergrund der aktuellen Trends und Megatrends zu erkennen, und für und mit den Beschäftigten zu gestalten.

Industrie 4.0 ist das Schlagwort für die Digitalisierung der Arbeit – in den Büros in den Werkshallen.
Dahinter verbergen sich die immer leistungsfähigeren IT-Systeme, die riesige Datensammlungen ermöglichen, neue Techniken vom hochentwickelten Roboter über 3-D-Drucker bis hin zu Datenhandschuhen oder Datenbrillen.
Und wie vor jeder Revolution gilt, wir wissen nicht, was am Ende stehen wird:

Aber wir wissen - das hat enorme Folgen auf die arbeitenden Menschen. Welche Tätigkeiten werden künftig gebraucht? Welche Berufsbilder bleiben? Welche nicht? Forscher gehen davon aus, dass die Hälfte unserer herkömmlichen Berufsbilder in den nächsten zwei Jahrzehnten verschwindet und völlig neue entstehen.

Wie gesagt, wir wissen nicht wie weit und tief der Wandel gehen wird. Aber wir wollen, dass dieser Wandel menschengerecht gestaltet wird. Ich will, dass Nicole eine neue Perspektive bekommt und ich bin fest davon überzeugt: Der Prozess ist gestaltbar!

Bildung und Qualifizierung sind dabei Schlüsselfragen.
Wir haben in der letzten Tarifrunde Metall/Elektro mit der tariflichen Bildungsteilzeit eine erste Antwort darauf gegeben, wie Weiterbildung künftig auch aussehen kann.

Und damit auch eine Antwort auf den künftigen Fachkräftebedarf durchgesetzt.

Wer einen Zustand nur bejammert, wo einerseits nach Fachkräften geradezu gelechzt wird und andererseits Beschäftigte wegen mangelnder Qualifikation als nicht vermittelbar gelten - der ist schlicht nicht willig zu handeln.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, für die Gestaltung der Zukunft ist ein entscheidendes Thema die Arbeitszeit.

Ausufernde Arbeitszeiten – Ausweitung von Schichtarbeit - Verfall von Arbeitszeit - führen zu steigenden Belastungen und Leistungsdruck. Es ist unerträglich, dass Arbeitszeit einfach verfällt oder gekappt wird.

Die Anerkennung des Werts der Arbeit beginnt damit, dass sie erfasst und vergütet wird - und nicht wie schimmeliges Brot weggeworfen wird.

Deshalb ist die erste Aufgabe: Schluss mit dem Arbeitszeitverfall!

Ansprüche an Arbeit verändern sich: Ob man es Rushhour des Lebens, modern Generation Y oder vielleicht weniger flott Vereinbarkeit von Familie und Beruf nennt:

Wir brauchen eine neue Kultur der Wertschätzung menschlicher Arbeit. Und Wertschätzung bedeutet die Rücksichtnahme auf unterschiedliche Lebenslagen.

Die Beschäftigten haben ein Recht darauf, dass ihre Wünsche, und ihre Anforderung nach Vereinbarkeit von Arbeit und Leben gleichberechtigt neben den betrieblichen Anforderungen an Flexibilität stehen.

Darum müssen wir uns kümmern und darum werden wir uns kümmern!

Denn es ist doch so: In immer weniger Familien verdient ausschließlich der Mann das Geld und die Frau kümmert sich um Kinder und Haus. Heute haben Mütter und Väter den Anspruch, im Erwerbsleben zu stehen und sich um die Familie zu kümmern. Ich halte das für eine gute Entwicklung, die für Emanzipation und Teilhabe an beiden Lebenswelten steht.

Damit ist erforderlich, dass Korridore definiert werden, in denen die Arbeitszeit so gestaltet wird, dass die Anforderungen von Beruf und Familie miteinander vereinbar sind. Die Beschäftigten autonom, flexibel, an ihren Interessen orientiert Vereinbarkeit aktiv selbst gestalten können.

Da ist mit vorhandenen Instrumenten wie Gleitzeit oder Mobiler Arbeit manches möglich - aber noch nicht ausgereizt.

Und neben der täglichen Arbeitszeit geht es mir auch um eine Arbeitszeitgestaltung, die sich an den Lebensphasen der Menschen orientiert. Und das tariflich abgesichert.

Ich habe das Modell eines Anspruchs auf verkürzte Vollarbeitszeit vorgeschlagen. Die soll für alle Beschäftigten gelten, die Kinder betreuen, sich fortbilden, oder Pflegefälle in der Familie haben.

Wer aus diesen Gründen seine Arbeitszeit verkürzt, der steht doch nicht außerhalb der Gesellschaft - er oder sie tun etwas, dass dieser Gesellschaft nutzt, wenn es um Kinderbetreuung, Pflege Älterer oder Qualifizierung geht. Und das sollte, dass muss dieser Gesellschaft auch etwas wert sein. Durch Rückkehrrechte in Vollzeit, durch Berücksichtigung bei Steuern und Abgaben. Dafür braucht es die Rahmensetzung durch die Politik.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der Arbeitszeitfrage gilt ganz bestimmt, was Günter Grass mit Blick auf die sozialen Verhältnisse vor mehr als 40 Jahren formuliert hat:

Der Fortschritt ist eine Schnecke.

Gerade hier in Lübeck ist es wohl richtig, sich an dieses Grass-Wort zu erinnern. Und im Sinne von Grass nicht locker zu lassen bei der Gestaltung der Arbeitswelt.

Gemeinsam mit allen, die für eine solidarische und demokratische Arbeitsgesellschaft stehen. Und das machen wir Tag für Tag.

Wir wollen, dass die Bedürfnisse der Menschen

- nach sinnstiftender Arbeit,
- nach Arbeit, die Gesundheit schützt und berufliche Entwicklung ermöglicht,
- nach Arbeit, die auf unterschiedliche Lebensphasen Rücksicht nimmt, zum Tragen kommen.

Schlicht: Wir wollen Gute Arbeit. Und deshalb ist es unser Job, die Arbeit der Zukunft zu gestalten.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,

wir haben in der Vergangenheit die Kraft für diese und viele andere Erfolge gehabt, weil wir Gewerkschaften auf die Solidarität der Beschäftigten bauen können.

Und dies wird durch eine stabile Mitgliederentwicklung bestätigt. Das stützt unsere betriebliche Handlungsfähigkeit. Das stärkt unsere Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Seit 125 Jahren feiern wir nun den 1. Mai. Der 1.Mai ist und bleibt unser Tag der Solidarität aller abhängig Beschäftigten. Der Internationale Tag der Arbeit, der Tag für Gerechtigkeit und Freiheit. Dafür sind wir heute hier, dafür demonstrieren wir an vielen Orten in Deutschland, in Europa und in der Welt!

Für ein Mehr an Gerechtigkeit für arbeitende Menschen, in allen Ländern dieser Welt. Für Freiheit der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung, gegen Unterdrückung und Diktatur.

Es lebe der 1. Mai! Glückauf!